

Vortrag an den Ministerrat

EU; ao. Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 4. März 2022; Bericht

Am 4. März 2022 fand in Brüssel eine außerordentliche Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Auf der Tagesordnung stand die russische Aggression gegen die Ukraine.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba (virtuell zugeschaltet) ging eingangs auf die Bedürfnisse der Ukraine ein, forderte zusätzliche Sanktionen gegen Russland und verwies auf den ukrainischen EU-Beitrittsantrag. Im Rahmen des anschließenden Austauschs der EU-Außenminister*innen mit dem US-Außenminister Antony Blinken, dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der britischen Außenministerin Liz Truss und der kanadischen Außenministerin Mélanie Joly wurde die Bedeutung der engen transatlantischen Abstimmung zu allen Arbeitssträngen, nicht zuletzt im Sanktionenbereich, betont, um der russischen Aggression gegen die Ukraine geeint und entschlossen entgegenzutreten. Im Fokus der Diskussion standen Sanktionen (inklusive weiterer Maßnahmen wie z.B. im Finanzbereich, individuelle Listungen, spiegelgleiche Anwendung aller Sanktionen auf Belarus, Schließung der EU-Häfen für russische Schiffe, Energiebereich), Unterstützung für die Ukraine (humanitäre Hilfe, militärische Ausrüstung) sowie die diplomatischen Bemühungen zu einer internationalen Isolierung Russlands.

In der Diskussion zur russischen Aggression gegen die Ukraine habe ich große Besorgnis über den russischen Angriff auf das Kernkraftwerk Saporischschja geäußert und betont, dass es Schutzzonen rund um Kernkraftwerke in der Ukraine brauche. Außerdem habe ich angeregt über spezifischen Sanktionen in diesem Zusammenhang nachzudenken und daran erinnert, dass auch auf das globale EU-Menschenrechtssanktionsregime zurückgegriffen werden könnte. Überdies hob ich hervor, dass die EU stärker darauf hinwirken müsse, dass Drittstaaten sich den EU-Sanktionen anschließen.

In weiterer Folge habe ich darauf hingewiesen, dass Russland auch in anderen Regionen gravierende Spannungen verursachen könne, z.B. im Südkaukasus und am Westbalkan, insbesondere in Bosnien und Herzegowina. Des Weiteren betonte ich, dass die EU auch besonders auf Moldau achten müsse und verwies auf die gemeinsame österreichisch-rumänische Initiative für ein massives EU-Unterstützungspaket für Moldau, das auch Energiefragen umfassen sollte.

Unter Verwies auf das begrüßenswerte Ergebnis der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine, habe ich betont, dass Russland international isoliert und geschwächt sei. Gleichzeitig sei es schwer abzuschätzen, wie Präsident Putin in dieser Situation reagieren werde.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

24. Juni 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister